



# Jugoslawien

*«Das geltende Recht erlaubt es somit, grosser menschlicher Härte Rechnung zu tragen.» →<sup>1</sup>*

Stellungnahme des Bundesrates vom 27.02.2002

Staatssekretariat für Migration (SEM): Asylpraxis der Schweiz, Von 1979 bis 2019. Bern 2020, S. 81-87.  
<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-80176.html>

<sup>1</sup> Stellungnahme des Bundesrates vom 27.02.2002 zur Motion 01.3646 «Überlebende des Genozids von Srebrenica von 1995».

Die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründete *Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien* ist ein Vielvölkerstaat. Sie setzt sich aus den sechs Teilrepubliken Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien und Mazedonien zusammen. Innerhalb Serbiens verfügen die zwei Provinzen Vojvodina und Kosovo in wechselndem Ausmass über Autonomie. Zu Beginn der 1960er-Jahre setzt aus dem politisch blockfreien und wirtschaftlich stagnierenden Land eine Arbeitsmigration Richtung Westeuropa ein – auch die Schweiz wird zum Zielland von jugoslawischen «Gastarbeitern». Neben qualifizierten Fachkräften und Personen mit akademischer Ausbildung sind es zunehmend alleinstehende junge Männer aus der wirtschaftlich schwach entwickelten Provinz Kosovo, die in der Schweiz als Arbeitskräfte im Baugewerbe, in der Hotellerie und in der Landwirtschaft willkommen sind. →<sup>2</sup> Diese Arbeitsmigration nimmt im Laufe der Jahre stark zu. 1992 leben rund 300 000 jugoslawische Staatsangehörige in der Schweiz. →<sup>3</sup>

Nach Titos Tod im Jahr 1980 verschärfen sich die politischen und ethnischen Spannungen in Jugoslawien. Sie führen zum allmählichen Zerfall des Bundesstaats und lösen eine politisch motivierte Auswanderung aus. Die Kategorien «politischer Flüchtling» und «Arbeitsmigrant» lassen sich fortan nicht mehr leicht trennen. →<sup>4</sup>

Als Folge des Zerfalls Jugoslawiens sieht sich die Schweiz in den 1990er-Jahren mit zwei grossen, zeitlich aufeinanderfolgenden Flücht-

lingsbewegungen aus Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo konfrontiert.

## Erste Kriege 1991/92

Als Reaktion auf den Ausbruch der Gewalt in Jugoslawien ergreift die Schweiz im Verlaufe des Jahres 1991 eine Reihe von Massnahmen. Sie verlängert die Bewilligungen für jugoslawische Saisoniers und Kurzaufenthalter, erstreckt mehrmals die Ausreisefristen und ordnet im Dezember 1991 für bestimmte Kategorien jugoslawischer Staatsangehöriger die gruppenweise vorläufige Aufnahme an. Im Rahmen des sogenannten *Drei-Kreise-Modells* wird Jugoslawien vom zweiten in den dritten Kreis verschoben und gilt fortan nicht mehr als traditionelles Rekrutierungsland für Arbeitskräfte. Dadurch wird es Personen aus Jugoslawien erschwert, mittels regulärer Aufenthaltsbewilligungen Schutz zu finden. Überdies wird für jugoslawische Staatsangehörige die Visumpflicht eingeführt, um ihre Einreise besser kontrollieren zu können. →<sup>5</sup>

Als sich die Lage in den umkämpften Gebieten vorübergehend entschärft und ein kroatisch-serbisches Waffenstillstandsabkommen in Kraft tritt, beschliesst der Bundesrat im März 1992, die gruppenweise verfügte vorläufige Aufnahme teilweise aufzuheben. →<sup>6</sup> Nach einer erneuten Lageverschlechterung werden die Ausreisefristen verlängert. →<sup>7</sup>

<sup>2</sup> Zu den Anfängen und Verläufen der Migration und Flucht aus dem ehemaligen Jugoslawien in die Schweiz vgl. Bundesamt für Migration (Hg.): *Die kosovarische Bevölkerung in der Schweiz*. Bern 2010; Bürgisser, Thomas: *Wahlverwandtschaft zweier Sonderfälle im Kalten Krieg. Schweizerische Perspektiven auf das sozialistische Jugoslawien 1943–1991*. Bern 2017.

<sup>3</sup> Pressemitteilung EJPD vom 20.06.1992 «Jugoslawen in der Schweiz», in: BAR E4280A#2017/355#397\*.

<sup>4</sup> Bürgisser, a.a.O., S. 544.

<sup>5</sup> Pressemitteilungen EJPD vom 23.09.1991 «Behandlung jugoslawischer Staatsangehöriger» und vom 18.12.1991 «Vorläufige Aufnahme von Einwohnern Kroatiens und Einführung der Visumpflicht für Jugoslawen», in: BAR E4280A#2017/355#396\*. Vgl. dazu auch Bürgisser, a.a.O., S. 561 ff. Zum Drei-Kreise-Modell siehe die Stellungnahme der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) vom 06.05.1996. Siehe auch Bericht des Bundesrates vom 15.05.1991 zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik.

<sup>6</sup> Pressemitteilung EJPD vom 16.03.1992 «Teilweise Aufhebung des Bundesratsbeschlusses über gruppenweise vorläufige Aufnahme jugoslawischer Staatsangehöriger», in: BAR E4280A#2017/355#174\*. Von der Aufhebung nicht betroffen sind Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus dem ganzen Staatsgebiet des ehemaligen Jugoslawien mit Ausnahme von Slowenien und Mazedonien.

<sup>7</sup> Vgl. etwa Schreiben BFF an die kantonalen Fremdenpolizeibehörden vom 13.12.1994 und vom 18.12.1995 «Zwangsweise Rückführungen von abgewiesenen Asylsuchenden aus der Bundesrepublik Jugoslawien», in: BAR E4280A#2017/359#39\*.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement  
 Département fédéral de justice et police  
 Dipartimento federale di giustizia e polizia  
 Departamentul federal de justiție și poliție

Bundesamt für Flüchtlinge  
 Office fédéral des réfugiés  
 Ufficio federale dei rifugiati  
 Urząd federalny dla uchodźców



## 1. Bundesratsbeschlüsse betreffend Jugoslawien / Bosnien-Herzegowina

Datum BRB	Überschrift / Kerninhalt	Ausreisetermin
23.09.1991	Sonderregelung für jugoslawische und kroatische Staatsangehörige: Ausreisefristenstreckung	22.03.1992
18.12.1991	Kollektive vorläufige Aufnahme (k.v.A.) für Kroaten und Deserteure/Refraktäre aus ganz YU	
16.03.1992	Aufhebung der k.v.A. für Kroaten, nicht aber für Deserteure / Refraktäre (des gesamten ex-jugoslawischen Gebiets)	30.04.1992
16.09.1992	Zustimmende Kenntnisnahme der durch Kreisschreiben BFF/BFA/BI/GA erstreckten Ausreisefrist für Personen mit letztem Wohnsitz in Bosnien-Herzegowina	30.04.1993
28.10.1992	K.v.A. von 2'000 Kindern und Kriegsflüchtlings (Kinder- und Zugsaktionen)	-
18.12.1992	Ermächtigung an EJPD, bis 5'000 Kriegsvertriebene aus YU aufzunehmen	-
21.04.1993	Erstreckung der Ausreisefrist für die alle Personen aus Ex-Jugoslawien mit letztem Wohnsitz in Bosnien-Herzegowina	31.10.1993
20.10.1993	Weiterführung der besonderen Aufenthaltsregelung	30.04.1994
30.03.1994	Weiterführung der besonderen Aufenthaltsregelung	30.04.1995
20.04.1994	Ermächtigung an EJPD, weitere 700 Kriegsvertriebene aus YU aufzunehmen	
29.03.1995	Weiterführung der besonderen Aufenthaltsregelung	30.04.1996
03.04.1996	Schrittweise Aufhebung der besonderen Aufenthaltsregelung für bosnische Staatsangehörige (aufgeteilt nach Alleinstehenden und Familien).	31.08.1996 bzw. 31.08.1997
26.06.1996	Verlängerung der Ausreisefrist für die Rückführung von bosnischen Staatsangehörigen	30.04.1997 bzw. 31.08.1997
14.08.1996	Wahlreisen nach Bosnien-Herzegowina werden gestattet und haben keine Nachteile für Flüchtlinge, Asylsuchende oder vorl. Aufgenommene.	
29.01.1997	Rückkehr der bosnischen Staatsangehörigen nach BiH / Neue Festsetzung der Ausreisefristen (BBI 1997 II 742)	30.04.1997 bzw. 30.04.1998
19.02.1997	Approbation des accords relatifs aux transports internationaux par route avec la Bosnie-H, la Rép. de Macédoine et l'Estonie (Inkraftsetzung bei BiH hängt von Abschluss RÜA ab.)	
29.09.1997	Genehmigung eines Schreibens an die Regierung des Kantons Waadt betreffend deren Haltung zur Rückkehr der bosnischen Kriegsvertriebenen	

W:\ARM\Kosovo-Bosnien\Liste BR-Beschlüsse.doc

1

Abb. 12 Zur Bewältigung der Fluchtbewegungen aus Bosnien und Herzegowina und aus dem Kosovo in den 1990er-Jahren ergreift die Schweiz in rascher Folge zahlreiche Massnahmen. Im Bild: Ausschnitt aus einer Zusammenstellung der entsprechenden Bundesratsbeschlüsse.



Abb. 13 Im Sommer 1992 kommen auf dem Bahnhof Buchs (SG) rund 1000 Kriegsflüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina an.

## Bosnien und Herzegowina

Den bewaffneten Konflikten in Slowenien und Kroatien folgt 1992 der Krieg in Bosnien und Herzegowina; er dauert bis 1995. →<sup>8</sup>

Der Kriegsausbruch zwingt Zehntausende zur Flucht und zeitigt Auswirkungen auch auf die Schweiz. Die Asylgesuche bosnischer Staatsangehöriger nehmen markant zu; im Jahr 1993 sind es 7000. Bei den Flüchtlingen der ersten Welle handelt es sich vor allem um Frauen und Kinder. Diese kommen im Rahmen eines Flüchtlingskontingents in die Schweiz. Es folgen weitere humanitäre Aktionen wie die Aufnahme von sogenannten Zugflüchtlingen im Sommer 1992. Zudem werden die Visumsbestimmungen gelockert. →<sup>9</sup> Der Bundesrat beschliesst 1993, den Aufenthalt der bosnischen Kriegsvertriebenen durch eine gruppenweise vorläufige Aufnahme zu regeln. Insgesamt finden während des Kriegs rund 18 000 Personen aus Bosnien und Herzegowina Schutz in der Schweiz. Davon werden rund 5000 Personen als Flüchtlinge anerkannt. →<sup>10</sup>

Das Abkommen von Dayton vom November 1995 beendet nach dreieinhalb Jahren den Krieg in

Bosnien. Bereits wenige Monate danach, im April 1996, beschliesst der Bundesrat, die vorläufige Aufnahme von bosnischen Staatsangehörigen gestaffelt aufzuheben. In einem ersten Schritt werden alleinstehende Personen und Ehepaare ohne Kinder aufgefordert, die Schweiz bis Ende August 1996 zu verlassen. In einem zweiten Schritt wird für Familien mit Kindern eine Ausreisefrist bis Ende August 1997 angesetzt. Bald müssen jedoch die Ausreisefristen «aufgrund der unbefriedigenden Lage in den ehemaligen Kriegsgebieten» verlängert werden. →<sup>11</sup> Parallel zur Aufhebung der kollektiven vorläufigen Aufnahme beschliesst der Bundesrat ein umfassendes Programm der Rückkehr- und Wiedereingliederungshilfe, in dessen Rahmen über 10 000 Personen von der Schweiz nach Bosnien und Herzegowina zurückkehren. →<sup>12</sup>

### SREBRENICA

Im Sommer 1995 haben serbische Milizen in der Stadt Srebrenica mehr als 8000 bosnische Muslime ermordet. Da dieses Massaker auf systematische, organisierte und massive Weise verübt worden ist, liegt bei Überlebenden dieses Kriegsverbrechens gemäss Grundsatzurteil der Asylrekurskommission eine Kollektivverfolgung vor. Trotz grundlegender Änderung der Situation und des Wegfalls

8 Bundesamt für Migration (Hg.): Die Bevölkerung von Bosnien und Herzegowina in der Schweiz. Bern 2014.

9 Pressemitteilungen EJPD vom 08.07.1992 «Aufnahme von 1000 Kindern aus Kriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawiens» und vom 23.07.1992 «Reibungslose Ankunft von 1050 Flüchtlingen aus Bosnien», in: BAR E4280A#2017/355#397\*.

10 Die Angaben zur Zahl der aufgenommenen bosnischen Kriegsvertriebenen hängen davon ab, welche Aufenthaltskategorien berücksichtigt werden. Vgl. Pressemitteilung EJPD vom 16.01.1996 «Für eine Koppelung von Aufbauhilfe und Rückkehr», in: BAR E4280A#2016/158#267\*.

11 Pressemitteilung EJPD vom 03.04.1996 «Kriegsvertriebene sollen gestaffelt zurückkehren», in: BAR E4280A#2017/359#608\*, und Pressemitteilung EJPD vom 28.06.1996 «Ausreisefrist für bosnische Kriegsvertriebene verlängert», in: BAR E4280A#2016/158#267\*.

12 Weisung EJPD an die Kantone vom 12.04.1996, in: BAR E4280A#2017/359#40\*. Zum Rückkehrprogramm vgl. die Stellungnahme des Bundesrates vom 28.09.1998 zum Postulat 98.3163 «Pauschale Wegweisung von bosnischen Kriegsvertriebenen».

einer objektiv begründeten Furcht vor Verfolgung erfüllen sie die Flüchtlingseigenschaft und erhalten wegen «triftiger Gründe» im Sinne von Artikel 1 C der Genfer Flüchtlingskonvention Asyl. →<sup>13</sup>

## Kosovo

Als Folge der sich verschärfenden staatlichen Repression in der Provinz Kosovo ersuchen seit Beginn der 1980er-Jahre vereinzelt albanischsprachige Kosovaren in der Schweiz um Asyl – rund 100 pro Jahr. Die Asylgesuche nehmen nach 1988, vor allem nach Einschränkung der Autonomie der Provinz, stark zu. In den 1990er-Jahren werden jährlich bereits mehrere Tausend eingereicht. Einen Ausschaffungsstopp für abgewiesene Asylsuchende aus dem Kosovo lehnt der Bundesrat wiederholt ab. →<sup>14</sup> 1998–1999 eskaliert die Gewalt zwischen der «Befreiungsarmee des Kosovo» (UCK) und der serbischen Armee. Im Frühling 1999 greifen Nato-Truppen ein. Innert dieser zwei Jahre stellen über 50 000 Personen aus dem Kosovo in der Schweiz ein Asylgesuch; auf dem Höhepunkt der Krise sind es täglich bis zu 1200, im Juni 1999 insgesamt über 8000. Dieser massive Anstieg bedeutet für alle verantwortlichen Stellen von Bund, Kantonen und Gemeinden in den Bereichen Unterbringung und Betreuung «eine aussergewöhnliche Herausforderung». →<sup>15</sup>

Im April 1999 beschliesst der Bundesrat, Personen, die ihren letzten Wohnsitz im Kosovo hatten, kollektiv vorläufig aufzunehmen. Zugleich stimmt er auf Ersuchen des UNHCR der Aufnahme von rund 2500 nach Mazedonien vertriebenen kosovarischen Flüchtlingen zu und lockert wie schon während des Bosnien-Kriegs die Visumsbestimmungen. →<sup>16</sup> Bereits im August 1999 hebt er

die kollektive vorläufige Aufnahme auf, da sich die Lage im Kosovo nach der militärischen Intervention der Nato und dem Abzug der serbischen Truppen rasch normalisiert. →<sup>17</sup> Die Asylgesuche von Kosovo-Albanern nehmen in der Folge ab. Auch die Rückkehr von Angehörigen der ethnischen Minderheiten aus dem Kosovo wird seit 2002 als grundsätzlich zumutbar erachtet. →<sup>18</sup>

Wie im Fall von Bosnien lanciert die Schweiz auch nach Beendigung des Kosovo-Kriegs rasch ein umfassendes, mehrstufiges Rückkehrhilfeprogramm. Damit setzt sie auf die Förderung der freiwilligen Rückkehr durch finanzielle Anreize. Das Programm nimmt einen beträchtlichen Umfang an. In der Zeit von 1999 bis 2001 kehren über 40 000 Personen freiwillig in den Kosovo zurück. →<sup>19</sup> 2003 folgt ein weiteres Rückkehrhilfeprogramm für verletzte Personen aus Serbien, Bosnien und Herzegowina oder dem Kosovo sowie für Angehörige von ethnischen Minderheiten. →<sup>20</sup>

## Bezeichnung als Safe Countries

Als sich nach der Beendigung des Bosnien- und des Kosovo-Kriegs die Situation in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens normalisiert, werden sie vom Bundesrat zu verfolgungssicheren Staaten erklärt: Bosnien und Herzegowina sowie das heutige Nordmazedonien im Jahr 2003, Slowenien 2004, Kroatien und Montenegro 2007, Serbien und Kosovo 2009. Auf Gesuche von Personen aus diesen Staaten wird nicht eingetreten, ausser es liegen im konkreten Einzelfall Hinweise auf Verfolgung vor. Seit dem 1. Februar 2014 werden diese Gesuche inhaltlich geprüft, es gilt jedoch eine verkürzte Beschwerdefrist von fünf Tagen. →<sup>21</sup>

13 EMARK 1997/14. Vgl. hierzu auch die Stellungnahmen des Bundesrates vom 27.02.2002 zur Motion 01.3646 «Überlebende des Genozids von Srebrenica von 1995» sowie vom 23.11.2005 zur Motion 05.3612 «Vorläufige Aufnahme aller Überlebenden von Srebrenica».

14 Fragestunde vom 4.10.1993 93.5137 «Ausschaffungsstopp für Kosovo-Albanerinnen und -Albaner».

15 Schreiben Vorsteherin EJPD vom 15.07.1999 an Regierungsrätin Rita Fuhrer, Direktion für Soziales und Sicherheit des Kantons Zürich, in: BFF AZ 7-JUGO.43-1/2002/01947.

16 Zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Mazedonien siehe Schlussbericht «Kosovo-Aufnahmeaktion 1999 (KA99)», in: BFF AZ 077.10/2010/01418.

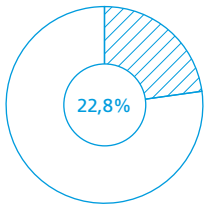
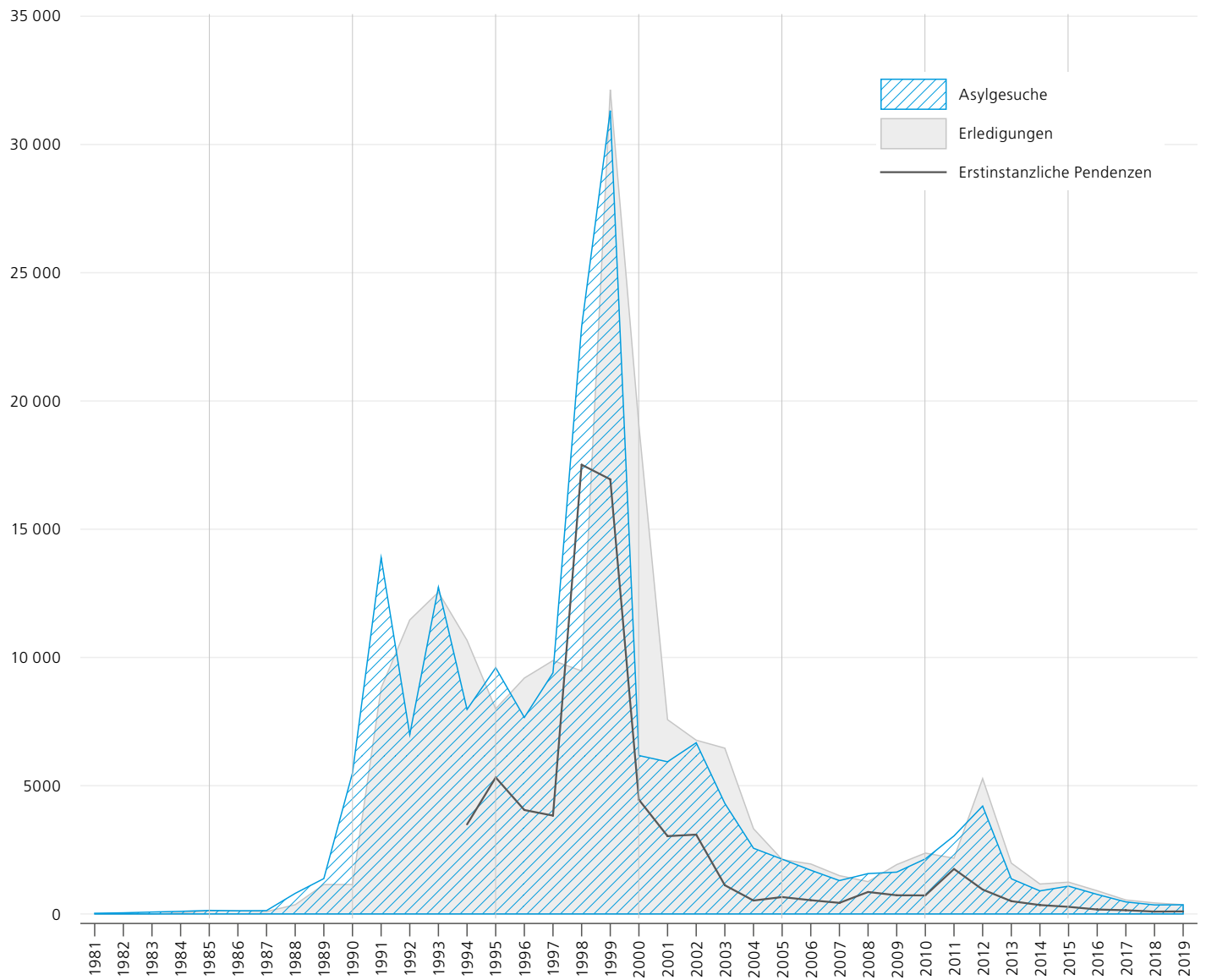
17 Zum Aufhebungsbeschluss vgl. die ausführliche Stellungnahme des Bundesrates vom 04.10.1999 zur Interpellation 99.3462 «Rückführung der Kosovo-Flüchtlinge».

18 Pressemitteilung BFM vom 07.05.2002 «Praxisänderung für Angehörige ethnischer Minderheiten aus dem Kosovo».

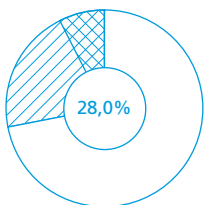
19 Zum Rückkehrprogramm Kosovo vgl. die ausführlichen Stellungnahmen des Bundesrates vom 20.03.2000 zur Dringlichen Interpellation 00.3029 «Rückführung der Flüchtlinge aus Kosovo» und vom 03.05.2000 zur Interpellation 00.3026 «Rückführung der Flüchtlinge aus Kosovo. Phase 3».

20 Vgl. Schlussbericht 2007 «Rückkehrhilfeprogramm Balkan für vulnerable Personen».

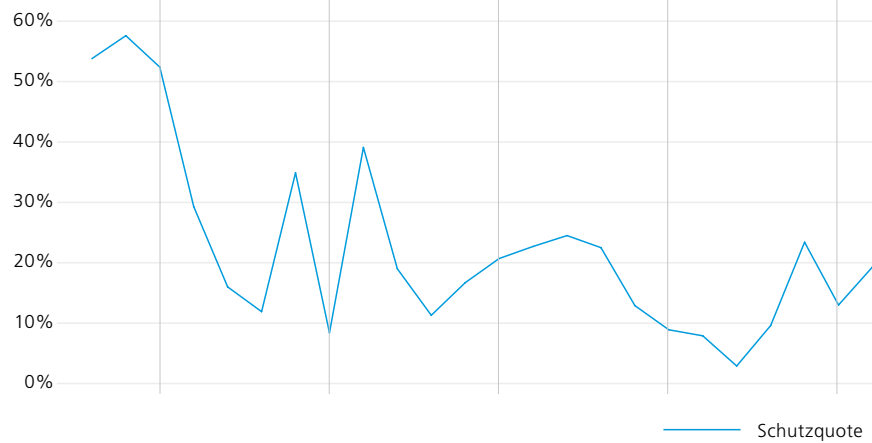
21 Artikel 108 Absatz 3 AsylG. Die Rückkehr in diese Staaten gilt gemäss Bundesratsbeschluss vom 25.10.2017 als in der Regel zumutbar.



Anteil an allen Asylgesuchen  
1981–2019



Schutzquote total  
davon Anerkennungsquote  
total (7,4%) 1993–2019







# VII ANHANG

# Quellen

- Sachakten von Aktenbildnern
  - Delegierter für das Flüchtlingswesen DFW (1985–1990)
  - Bundesamt für Flüchtlinge BFF (1990–2004)
  - Bundesamt für Migration BFM (2005–2014)
  - Staatssekretariat für Migration SEM (2015–)

Hinweis: Im Schweizerischen Bundesarchiv (BAR) wurde der Aktenbestand E4280A\* konsultiert (Delegierter für das Flüchtlingswesen / Bundesamt für Flüchtlinge: Zentrale Ablage 1986–1997). Die übrigen konsultierten Akten befinden sich im GEVER-System des SEM und werden laufend ans BAR abgeliefert.

- SEM-Asylstatistik
- SEM-Handbuch Asyl und Rückkehr
- SEM-Medienmitteilungen
- SEM-Migrationsberichte und -Diaspora-Studien
- Amtsdruckschriften (Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Bundesblatt, Eidgenössischer Staatskalender, Geschäftsberichte des Bundesrates)
- Diplomatische Dokumente der Schweiz
- Entscheiddatenbank des Bundesverwaltungsgerichts
- Entscheidsammlung der Schweizerischen Asylrekurskommission (EMARK)
- Geschäftsdatenbank des Parlaments (Curia Vista)
- Informationsplattform humanrights
- ASYL. Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis
- Asylon und Piazza, Zeitschriften des BFM/SEM

# Literatur

Achermann, Alberto: «Flüchtlingskrisen» – ein Essay, in: Jahrbuch für Migrationsrecht 2015/16. Bern 2016, S. 59–80.

Achermann, Alberto/Hruschka, Constantin (Hg.): Geschlechtsspezifische Verfolgung. Die schweizerische Praxis vor dem Hintergrund der europäischen und globalen Entwicklungen. Bern 2012.

Banki, Christine/Späti, Christoph: Ungaren, Tibeter, Tschechen und Slowaken. Bedingungen ihrer Akzeptanz in der Schweiz in der Nachkriegszeit, in: Goehrke, Carsten/Zimmermann, Werner G. (Hg.): «Zuflucht Schweiz». Der Umgang mit Asylproblemen im 19. und 20. Jahrhundert. Zürich 1994, S. 369–415.

Bitter, Sabine/Nad-Abonji, Nathalie: Tibetische Kinder für Schweizer Familien. Die Aktion Aeschmann. Zürich 2018.

Bürgisser, Thomas: Wahlverwandtschaft zweier Sonderfälle im Kalten Krieg. Schweizerische Perspektiven auf das sozialistische Jugoslawien 1943–1991. Bern 2017.

Buomberger, Thomas: Kampf gegen unerwünschte Fremde. Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher. Zürich 2004.

Däpp, Heinz/Karlen, Rudolf (Hg.): Asylpolitik gegen Flüchtlinge. Basel 1984.

Dreyer, Dieter: Schweizer Kreuz und Sowjetstern. Die Beziehungen zweier ungleicher Partner seit 1917. Zürich 1989.

Efionayi-Mäder, Denise: Asylpolitik der Schweiz 1950–2000, in: ASYL. Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis, 2003/2, S. 3–9.

Fischer, Thomas: Die Rolle der Schweiz in der Iran-Geiselkrise 1979–1981. Eine Studie zur Politik der Guten Dienste im Kalten Krieg. Zürich 2004.

Gast, Uriel: Von der Kontrolle zur Abwehr. Die eidgenössische Fremdenpolizei im Span-

nungsfeld von Politik und Wirtschaft 1915–1933. Zürich 1997.

Gattiker, Mario: Das Asyl- und Wegweisungsverfahren: Asylgewährung und Wegweisung nach dem Asylgesetz vom 26.06.1998. Bern 1999.

Gattiker, Mario/Peek, Markus: Dublin und die Schweiz – Geschichte einer wechselvollen Beziehung, in: Jochum, Georg/Fritzemeyer, Wolfgang/Kau, Marcel (Hg.): Grenzüberschreitendes Recht – Crossing Frontiers. Festschrift für Kay Hailbronner. Heidelberg 2013, S. 49–60.

Haab, Katharina/Bolzmann, Claudio/Kugler, Andrea/Yilmaz, Özcan: Diaspora und Migrantengemeinschaften aus der Türkei in der Schweiz. Bern 2010.

Hausammann, Christina: Frauenverfolgung und Flüchtlingsbegriff: Studie zur Auslegung des Flüchtlingsbegriffs in der Flüchtlingskonvention und im Asylgesetz. Bern 1992.

Holenstein, André/Kury, Patrick/Schulz, Kristina: Schweizer Migrationsgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Baden 2018.

Huber, Anja: Fremdsein im Krieg. Die Schweiz als Ausgangs- und Zielort von Migration 1914–1918. Zürich 2017.

Ideli, Mustafa/Suter, Virginia/Kieser, Hans-Lukas (Hg.): Neue Menschenlandschaften. Migration Türkei-Schweiz 1961–2011. Zürich 2011.

Kälin, Walter: Grundriss des Asylverfahrens. Basel und Frankfurt 1990.

Kanyar Becker, Helena (Hg.): Verdrängung, Verklärung, Verantwortung. Schweizerische Flüchtlingspolitik in der Kriegs- und Nachkriegszeit, 1940–2007. Basel/Zürich 2007.

Kaser, Eric/Schenker, Saskia: Rückkehrhilfe der Schweiz: Bilanz und Perspektiven, in: Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik, 27/2008. Genf 2008, S. 207–220.

Kocher, Hermann: Rationierte Menschlichkeit. Schweizerischer Protestantismus im Spannungsfeld von Flüchtlingsnot und öffentlicher Flüchtlingspolitik der Schweiz 1933–1948. Zürich 1996.

Koller, Guido: Fluchtort Schweiz. Schweizerische Flüchtlingspolitik (1933–1945) und ihre Nachgeschichte. Bern 2018.

Kury, Patrick: Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945. Zürich 2003.

Lahusen, Christian/Schneider Stephanie (Hg.): Asyl verwalten. Zur bürokratischen Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems. Bielefeld 2017.

Ludwig, Carl: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart. Bern 1957.

Mächler, Stefan: Hilfe und Ohnmacht. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund und die nationalsozialistische Verfolgung 1933–1945. Zürich 2005.

Mahnig, Hans (Hg.): Histoire de la politique de migration, d'asile et d'intégration en Suisse depuis 1948. Zürich 2005.

Maissen, Thomas: Geschichte der Schweiz. Baden 2010.

Mattioli, Aram (Hg.): Antisemitismus in der Schweiz 1848–1960. Zürich 1998.

Miaz, Jonathan: Politique d'asile et sophistication du droit. Pratiques administratives et défense juridique des migrants en Suisse (1981–2015). Lausanne 2017.

Müller-Tobler, Verena: Die Aufnahme von Sonderprogramm-Flüchtlings in der Schweiz. Erfahrungen und Perspektiven der Hilfswerke. Zürich 1987.

Parak, Stephan: Vom «Sonderfall Tamilen» zum «Normalfall Sri Lanka». Die Schweizer Asylbehörden und das Sri-Lanka-Dossier, in: Freiplatzaktion Basel: «und plötzlich standen sie da». Basel 2005.

Parak, Stephan: «Was stimmt denn jetzt?» Glaubhaftigkeit von Aussagen im Asylverfahren aus Sicht des Staatssekretariats für Migration, in: Ludewig, Revital/Baumer, Sonja/Tavor, Daphna (Hg.): Aussagepsychologie für die Rechtspraxis. «Zwischen Wahrheit und Lüge». Zürich 2017.

Piguet, Etienne: Einwanderungsland Schweiz. Fünf Jahrzehnte halbgeöffnete Grenzen. Bern 2006.

Piguet, Etienne: L'immigration en Suisse: soixante ans d'entrouverture. Lausanne 2013.

Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) (Hg.): Handbuch zum Asyl- und Wegweisungsverfahren. Bern 2015.

Skenderovic, Damir: Humanitäre Tradition als politische Deutungsformel: Die Asyldebatten der 1970er- und 1980er-Jahre, in: Baumeister, Miriam/Brückner, Thomas/Sonnack, Patrick (Hg.): Wo liegt die «Humanitäre Schweiz»? Eine Spurensuche in 10 Episoden. Frankfurt am Main 2018, S.175–195.

Stauffer, Beat: Maghreb, Migration und Mittelmeer. Die Flüchtlingsbewegung als Schicksalsfrage für Europa und Nordafrika. Zürich 2019.

Tanner, Jakob: Die Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. München 2015.

Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK): Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus. Zürich 2001.

Vuilleumier, Marc: Flüchtlinge und Immigration in die Schweiz. Ein historischer Überblick. Zürich 1989.

Walther, Michael: Neuansiedlung im Sinn der humanitären Tradition. Zur Geschichte der schweizerischen Kontingentsflüchtlingspolitik ab 1950, in: Walther, Michael: Sie waren einst Flüchtlinge. Neun Lebensgeschichten. Zürich 2009.

Werenfels, Samuel: Der Begriff des Flüchtlings im schweizerischen Asylrecht. Frankfurt, New York, Paris 1987.

Zabratzky, George (Hg.): Flucht in die Schweiz. Ungarische Flüchtlinge in der Schweiz. Zürich 2006.



# Abkürzungen

Abb.	Abbildung
AIG	Ausländer- und Integrationsgesetz
ANAG	Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer
ARK	Schweizerische Asylrekurskommission
AuG	Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer
AsylG	Asylgesetz
AZ	Aktenzeichen
BAP	Bundesamt für Polizeiwesen
BAR	Schweizerisches Bundesarchiv
BBI	Bundesblatt
BFA	Bundesamt für Ausländerfragen
BFF	Bundesamt für Flüchtlinge
BFM	Bundesamt für Migration
BVGer	Bundesverwaltungsgericht
BzP	Befragung zur Person
CAT	Ausschuss gegen Folter der Vereinten Nationen (Committee Against Torture)
COI	Country of Origin Information
DB AS	Direktionsbereich Asyl
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DFW	Delegierter für das Flüchtlingswesen
EASO	Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMARK	Entscheidungen und Mitteilungen der Schweizerischen Asylrekurskommission
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EU	Europäische Union
EURODAC	Europäische Fingerabdruckdatenbank
ES	Empfangsstelle
EU	Europäische Union
EVZ	Empfangs- und Verfahrenszentrum
FRONTEX	Europäische Grenz- und Küstenwache
GDISC	General Directors' Immigration Services Conference
GFK	Genfer Flüchtlingskonvention
GL	Geschäftsleitung
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten
HAV	Hauptabteilung Asylverfahren
Hg.	Herausgeber/in
HUMAK	Humanitäre Aktion
HWV	Hilfswerkvertretung
ICMPD	International Centre for Migration Policy Development
IGC	Intergovernmental Consultations on Migration, Asylum and Refugees
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IMES	Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung
IMZ	Internationale Migrationszusammenarbeit
IOM	Internationale Organisation für Migration
KKJPD	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren

KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MILA	Migrations- und Länderanalyse
NDB	Nachrichtendienst des Bundes
NEE	Nichteintretensentscheide
NKVF	Nationale Kommission zur Verhütung von Folter
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
PILAR	Pilotage asile et retour
PKK	Kurdische Arbeiterpartei
SEM	Staatssekretariat für Migration
SFH	Schweizerische Flüchtlingshilfe
UMA	Unbegleitete minderjährige Asylsuchende
UNHCR	Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge
ZEMIS	Zentrales Migrationsinformationssystem

# Abbildungsnachweis

Abb. 01:	BAR E4280A*
Abb. 02:	dodis.ch/3268
Abb. 03:	BAR E4280A#1998/296#142*
Abb. 04:	BAR E4280A#1998/296#399*
Abb. 05:	Bundesamt für Migration, Asylossier N 561 761
Abb. 06:	Bundesamt für Flüchtlinge, Asylossier N 209 879
Abb. 07:	KEYSTONE / Edi Engeler
Abb. 08:	KEYSTONE / PHOTOPRESS-ARCHIV/Grunder
Abb. 09:	KEYSTONE / Salvatore Di Nolfi
Abb. 10:	Medienmitteilung BFM vom 11.01.2012
Abb. 11:	KEYSTONE / Martial Trezzini
Abb. 12:	BFF AZ 077.10/2011/01418
Abb. 13:	KEYSTONE/Str
Abb. 14:	KEYSTONE / POOL / Lukas Lehmann
Abb. 15:	BAR E4280A#2017/355#397*
Abb. 16:	KEYSTONE / Peter Klaunzer
Abb. 17:	Michael v. Graffenried, Bern
Abb. 18:	BAR E4280A#1998/296#201*
Abb. 19:	Gerry Amstutz
Abb. 20:	Felix Aeberli © StAAG/RBA13-RC05507-2_30
Abb. 21:	Bundesamt für Flüchtlinge, Asylossier N 224 3822
Abb. 22:	KEYSTONE/Christof Ruckstuhl
Abb. 23:	BAR E4280A#2016/158#296*
Abb. 24:	BAR E4280A#2016/158#928*
Abb. 25:	BFF AZ 811-04/2002/02476
Abb. 26:	BAR E4280A#1998/296#422*
Abb. 27:	BAR E4280A#2017/355#1051*
Abb. 28:	BAR E4280A#2017/355#2223*
Abb. 29:	<i>Kurt Furgler</i> : Schweizerische Bundeskanzlei
Abb. 30:	<i>Rudolf Friedrich</i> : Schweizerische Bundeskanzlei
Abb. 31:	<i>Elisabeth Kopp</i> : Schweizerische Bundeskanzlei
Abb. 32:	<i>Arnold Koller</i> : Schweizerische Bundeskanzlei
Abb. 33:	<i>Ruth Metzler-Arnold</i> : KEYSTONE / Martin Ruetschi
Abb. 34:	<i>Christoph Blocher</i> : Schweizerische Bundeskanzlei / Julie de Tribolet
Abb. 35:	<i>Evelyn Widmer-Schlumpf</i> : Schweizerische Bundeskanzlei / Corinne Glanzmann
Abb. 36:	<i>Simonetta Sommaruga</i> : Schweizerische Bundeskanzlei / Monika Flückiger
Abb. 37:	<i>Karin Sutter-Keller</i> : EJPD
Abb. 38:	<i>Oscar Schürch</i> : KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Str
Abb. 39:	<i>Peter Hess</i> : Bibliothek am Guisanplatz, Porträtsammlung Rutishauser
Abb. 40:	<i>Peter Arbenz</i> : Bibliothek am Guisanplatz, Porträtsammlung Rutishauser
Abb. 41:	<i>Urs Scheidegger</i> : Bibliothek am Guisanplatz, Porträtsammlung Rutishauser
Abb. 42:	<i>Jean-Daniel Gerber</i> : KEYSTONE / Peter Schneider
Abb. 43:	<i>Eduard Gnesa</i> : KEYSTONE/EQ IMAGES / Adrian Moser
Abb. 45:	<i>Alard du Bois-Reymond</i> : SEM / Laurent Burst
Abb. 46:	<i>Mario Gattiker</i> : SEM / Tomas Wüthrich



# Impressum

Herausgeber:	Staatssekretariat für Migration (SEM), Quellenweg 6, CH-3003 Bern-Wabern
Konzept und Redaktion:	Information und Kommunikation, SEM
Gestaltung:	INTR AG
Lektorat:	Christoph Wehrli
Korrektorat:	Stämpfli AG
Papier:	Fischer Papier Z-Offset
Druck:	Urs Zuber AG
Bezugsquelle:	BBL, Vertrieb Bundespublikationen, CH-3003 Bern <a href="http://www.bundespublikationen.admin.ch">www.bundespublikationen.admin.ch</a> Art.-Nr. 420.016.D © SEM / EJPD August 2020